

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 10 • 39. JAHRGANG • 14. WAHLPERIODE • 22.10.2008

Feste Burg

S. 3

An dem milliardenschweren Rettungspaket für Banken sollen sich auch die Länder beteiligen. Stoff genug für eine Sondersitzung des Landtags, bei der es zudem um Lehren aus der Krise ging.

Finanzplatz NRW

S. 7-9

Die Stützung der WestLB kostet viel Steuergeld. Die Abgeordneten schlugen die Brücke zu den Sparkassen und diskutierten das öffentlich-rechtliche Bankensystem.

Falsche Fuffziger

S. 10

Immer häufiger werden Jugendliche übers Ohr gehauen – Stichwort Handykosten und Schuldenfalle. Deshalb soll der Umgang mit Geld frühzeitig gelernt werden.

Feier-Tage

S. 14-15

An den Tagen der offenen Tür füllte sich der Landtag ordentlich. 20.000 Menschen schauten hinter die Kulissen und plauderten mit Abgeordneten. Besonders willkommen: die Kinder!



Sparkasse

Faszination Geld:
Sicherheit und Sorge

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Rettungspaket für den Finanzmarkt	3
<i>Fraktionen debattieren in einer Sondersitzung über Lehren aus der Finanzkrise</i>	
Wenn Unternehmen für Luftverschmutzung zahlen	4
<i>Chance für Klimaschutz oder firmenfeindliches Vorhaben?</i>	
Eine Debatte um Qualität und Quantität	5
<i>Studie zum Unterrichtsausfall Thema einer Aktuellen Stunde</i>	
Für Vielfalt und Toleranz	5
<i>Einstimmige Resolution des Landtags gegen Rassismus</i>	
Mehr Mittel für die Medizin	6
<i>Fraktionen wollen die Zukunft der Krankenhäuser sichern</i>	
Zwischen „Diskretion“ und „Desaster“	7
<i>Diskussion über WestLB wird zur Grundsatzdebatte über öffentlich-rechtliches Bankenwesen</i>	
Wie sichert man Stabilität?	8-9
<i>Interview zum Schwerpunkt „Sparkassengesetz“</i>	
Jugendlichen den Umgang mit Geld vermitteln	10
<i>Durch Training, unabhängige Vermittlung oder neuem Schulfach?</i>	
Gesetzgebung	11
Aktuelles aus den Ausschüssen	12
Sorgenvolle Zukunft	13
<i>Öffentliche Anhörung zur Gemeindefinanzierung 2009</i>	
Herzlich Willkommen!	14-15
<i>20.000 Gäste besuchten den Landtag</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Den Respekt für die Vielfalt der Menschen fördern	18
<i>Bericht der Landesbeauftragten zur Situation von Menschen mit Behinderung</i>	
Porträt: Andrea Asch (Grüne)	19
FCL: Harter Fight wurde nicht belohnt	19
Impressum	19
Meldungen	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet

Reform in rauen Zeiten

Banken gehen pleite, schließen sich zusammen oder werden mit Milliarden an Steuergeldern gestützt. Die Finanzkrise ist längst zur Vertrauenskrise geworden. Nicht gerade das optimale Umfeld für die Debatte über ein Modernisierungsgesetz, das die Sparkassenlandschaft in NRW sicherer und zukunftsfähig machen soll.

Das will die Landesregierung mit der Novelle des NRW-Sparkassengesetzes erreichen. Die dritte Säule des deutschen Bankensystems, die kommunalen Sparkassen, soll auch weiterhin auf öffentlich-rechtlicher Basis ortsnahe die Bürgerschaft und den Mittelstand mit Krediten und Finanzdienstleistungen versorgen.

Wer als Bankkunde überlegt, ob Omas Sparstrumpf zu unrecht aus der Mode gekommen oder ob die Flucht ins Gold eine Alternative ist, dem sind die Probleme auf den ersten Blick nicht so recht einsichtig, um die es geht. Was hat es zu bedeuten, dass die Sparkassen demnächst Trägerkapital bestimmen können? Wie eng sollen die Bindungen an das „Mutterinstitut“ WestLB sein? Was soll mit den Überschüssen geschehen – weiterhin für gemeinnützige Zwecke ausschütten oder (zum Teil wenigstens) dem Haushalt der Kommune zuführen? Und warum gibt es weiterhin doppelte Strukturen in den beiden Landesteilen?

VERTRAUEN

Es ist Pech, dass die öffentliche Debatte über das NRW-Sparkassengesetz mit der globalen Finanzkrise zusammenfällt. Aber das sollte kein Grund sein, auf die Modernisierung des 14 Jahre alten Gesetzes zu verzichten, im Gegenteil, 110 Sparkasseninstitute in NRW mit einem dicht geknüpften Netz von 2.900 Filialen, einer Bilanzsumme von 268 Milliarden Euro im vergangenen Jahr und über 60.000 Beschäftigten sind ein Kapital, das gehegt und gepflegt werden muss. Das Vertrauen von elf Millionen Sparkassenkunden ist ein Bonus, der nicht verspielt werden darf.

Die Debatte über die Gesetzesnovelle war notwendig. Das letzte Wort hat jetzt der Landtag. Hier gibt es Befürworter und Gegner. Die Argumente sind bekannt, vielleicht finden beide Seiten einen Kompromiss. In „normalen“ Zeiten wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn das Gesetz „nur“ mit der Koalitionsmehrheit das Parlament passieren würde. Aber es sind keine normalen Zeiten. Besser wäre ein Konsens. Denn unter den gegenwärtigen Umständen ist jede Stimme für die Novelle eine vertrauensbildende Maßnahme und zugleich die Chance, die dritte Säule des in rauen Zeiten gebeutelten Bankensystems sturmfest zu machen.

jk

Am Rednerpult: Finanzminister
Helmut Linssen (CDU)

Rettungspaket für den Finanzmarkt

Fraktionen debattieren in einer Sondersitzung über Lehren aus der Finanzkrise

14.10.2008 – Das geplante Rettungspaket des Bundes von bis zu 480 Milliarden Euro zur Stabilisierung der Finanzmärkte stieß bei den Fraktionen des Landtags auf Unterstützung. Allerdings rangen die Fraktionen in der Sondersitzung des Landtags darum, welche konkreten Lehren für die Zukunft gezogen werden müssten.

Fotos: Schälte

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) bewertete die weltweite Krise der Finanzmärkte als „historisch ohne Beispiel“. Um die vertrauensbildenden Maßnahmen ohne Verzögerung wirken zu lassen, habe er dem Gesetzentwurf des Bundes bereits im Grundsatz zugestimmt, teilte der Ministerpräsident mit und ergänzte, über die genauen Modalitäten und die Höhe der Beteiligung von Bund und Ländern werde zurzeit noch geredet.

sowie die Abkehr von der „Irrlehre ‚Privat vor Staat‘“. Insbesondere plädierte die SPD-Fraktionsvorsitzende dafür, die geplante Novellierung des Sparkassengesetzes zurückzuziehen. Die Sparkassen gälten in der heutigen Großkrise als „Hort der Stabilität“.

Helmut Stahl (CDU) betonte, es sei richtig, jetzt auf die Ängste der Menschen zu reagieren. „Die Soziale Marktwirtschaft bedarf eines star-

herbeizuführen. Geld für Banken dürfe es nur bei Zusage eines solchen, verbindlichen Ordnungsrahmens geben.

Gerhard Papke (FDP) wies die Behauptung zurück, mit der Zustimmung zu dem Maßnahmenpaket gegen die Finanzkrise habe die Landesregierung „grob fahrlässig“ gehandelt. Das Paket sei auch deshalb unverzichtbar, weil es darum ginge, eine „Kreditklemme“ der Un-



Finanzminister Helmut Linssen (CDU) sah in dem geplanten Maßnahmenbündel gegen die Finanzkrise „das beste Konjunkturprogramm“. Die Garantiesumme von 20 Milliarden Euro bedeutete, dass auf die Bundesländer eine Summe von 7 Milliarden Euro zukäme, davon 1,4 Milliarden Euro auf NRW. Die Auswirkungen auf die WestLB hielt Linssen wegen des frühzeitig eingerichteten „Risikoschirms“ für gering. Gleichzeitig kündigte er an, dass die Beratung des geplanten Sparkassengesetzes fortgeführt werde. Zu Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen wollte sich der Finanzminister nicht äußern; hierzu müsse die Steuerschätzung vom November abgewartet werden.

Hannelore Kraft (SPD) forderte, die Krise zur grundsätzlichen Neubestimmung in zentralen politischen Positionen zu nutzen. Dazu gehörten neue Verkehrsregeln für die Finanzmärkte, internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure, die Anpassung der Managergehälter auf ein verantwortungsbewusstes Maß

ken Staates“, so der CDU-Abgeordnete, der von den Verantwortlichen für die Krise ein „gerüttelt Maß“ an Selbstkritik erwartet. Nur der Staat könne jetzt neues Vertrauen schaffen und verhindern, dass die Krise auf den Finanzmärkten noch weiter auf die Realwirtschaft überschwappe. Auch er trat dafür ein, die Arbeiten am geplanten neuen Sparkassengesetz weiterzuführen. Niemand aus den Regierungsfractionen denke daran, die Sparkassen zu privatisieren oder zu schwächen.

Sylvia Löhrmann (Grüne) meinte, man sei Zeuge des Endes der Marktradikalität und des „enthemmten Kapitalismus“. Es komme jetzt darauf an, dass Politik sich als lernfähig zeige. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende hob insbesondere hervor, dass der „Privat-vor-Staat-Spuk“ nun endgültig vorbei sei. Ihr zentraler Kritikpunkt: Es wäre notwendig gewesen, die Länder bei der konkreten Ausgestaltung und Anwendung des Rettungspaketes mitreden zu lassen. Jetzt bestünde die Chance, eine internationale Verständigung über eine neue Finanzarchitektur

zunehmen zu verhindern. Insgesamt schloss sich der FDP-Abgeordnete der Meinung der Landesregierung an: Das Finanzpaket sei gut, aber es ginge nicht an, dass die Länder doppelt bezahlen – zum einen anteilig am Rettungspaket, zum anderen zu hundert Prozent für ihre Landesbanken. Als Lehre aus der Krise verlangte Papke mehr Transparenz und eine vereinheitlichte, schlagkräftige Finanzaufsicht. cw

Alle Fraktionen haben zur Sondersitzung Anträge eingebracht. Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Funktionstüchtigkeit der Finanzmärkte sichern – Vertrauen der Bürger stärken“ (Drs. 14/7698) wurde angenommen. Der Antrag der Grünen-Fraktion „Keine Hilfen für Banken ohne einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte“ (Drs. 14/7680) wurde einstimmig zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend) sowie in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Der Antrag der SPD-Fraktion „Vertrauen zurückgewinnen – Finanzmärkte und Realwirtschaft stabilisieren – wirksame Kontrollen ermöglichen“ (Drs. 14/7699) fand keine Mehrheit im Parlament. Auch der Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Sagel wurde abgelehnt.

Wenn Unternehmen für Luftverschmutzung zahlen

Chance für Klimaschutz oder firmenfeindliches Vorhaben?

18.09.2008 – Bislang werden Stromversorgern im Rahmen des Emissionshandels „Verschmutzungsrechte“ weitgehend kostenlos zugeteilt. In ihrem Antrag „Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW“ (Drs. 14/7450) fordert die SPD-Fraktion, diese CO₂-Emissionszertifikate in Zukunft vollständig zu versteigern. Die erwarteten Erlöse sollen dann in Klimaschutzprojekte fließen. Über die Effekte einer sogenannten Vollauktionierung der Emissionsrechte gab es im Landtag heftigen Streit

Norbert Römer (SPD) erklärte, 44 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen entstünden in NRW. Der Bundestag habe beschlossen, ab 2013 die Zertifikate vollständig zu versteigern – ein Plus im Bund von ca. 10 Milliarden Euro jährlich. Bereits in diesem Jahr habe der Bund fast 1 Milliarde Euro eingenommen. Die Landesregierung jedoch kämpfe „nicht im Ansatz“ darum, diese Erlöse auch zu 44 Prozent für NRW zurückzuerhalten, kritisierte der SPD-Politiker. Aus den Einnahmen der vollständigen Versteigerung solle eine Energiesparoffensive für Verbraucher und Kommunen sowie ein Investitionsprogramm für moderne Kraftwerke entstehen, forderte Römer. Allerdings müsse es Vergleichsmaßstäbe für die Industrie geben. Energieintensive Unternehmen jedenfalls sollen von steigenden Strompreisen entlastet werden dürfen.

Christian Weisbrich (CDU) plädierte dafür, das Auktionsmodell auf sinnvolle Anwendungsfälle zu beschränken. Wenn Unternehmen die CO₂-Zertifikate ersteigern müssten, werde sich deren wirtschaftlicher Spielraum für Kraftwerksneubauten verringern. Die Folgen seien „erschreckend“: Investitionsstopp, längere Laufzeiten für veraltete Kohlekraftwerke und explodierende Strompreise, die nicht nur die Verbraucher träfen, sondern auch die Wirtschaft. Standorte und Arbeitsplätze der stromintensiven Industrie in Deutschland seien dann gefährdet. Auch die Versorgungssicherheit stehe infrage. Eine stärkere Konzentration auf Erdgas könne die Folge sein. Aufgrund der hohen Importabhängigkeit könne dies zu wei-

teren Preissteigerungen führen, so der CDU-Politiker.

Dietmar Brockes (FDP) stimmte mit der SPD darin überein, dass es wichtig sei, die energieintensiven Unternehmen zu entlasten. „Deshalb ist eine Orientierung am Anteil der Energiekosten meines Erachtens der richtige Weg“, folgerete er. An den energieintensiven Branchen in Deutschland hingen Arbeitsplätze und Existenzen. Er stellte zudem in Frage, ob eine Vollauktionierung überhaupt einen ökologischen Vorteil habe. Seine Antwort: Nein, es reiche völlig aus, den Teil der Emissionsrechte zu versteigern, der über das von der EU als Obergrenze Festgelegte hinausgehe. Alle Zertifikate zu versteigern, hieße nur, eine „Gelddruckmaschine für die Finanzminister“ zu schaffen. Die zusätzliche finanzielle Belastung für die Industrie belaufe sich dann auf 6 bis 7 Milliarden Euro.

Johannes Rimmel (Grüne) fragte die Regierungsfractionen, ob sie mit den Versteigerungserlösen entweder den Energieunternehmen immer wieder unverhoffte Gewinne bescherten oder dringend notwendige Klimaschutz-Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen finanzieren wollten. Sein Fazit zur vollständigen Auktionierung ab 2013: „Dass die Gelder kommen werden,

ist klar. Aber wo werden sie ausgegeben?“ Die Relation, dass NRW 44 Prozent liefere, aber nur 6,6 Prozent zurückbekomme, müsse sich dringend ändern. „Sie haben dazu keinen einzigen Vorschlag gemacht“, warf der Umweltpolperte der Grünen den Regierungsparteien vor. Nach seiner Argumentation könne eine Vollauktionierung nicht zu weiteren Preissteigerungen führen, weil die Energieversorger sogar den Wert der kostenlos erhaltenen Emissionsrechte auf den Strompreis aufgeschlagen hätten.

Christa Thoben (CDU), Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, warnte, der vollständige Emissionshandel werde zu Strompreissteigerungen von rund 50 Prozent bis 2020 führen. Außerdem werde der Neubau von Kohlekraftwerken unrentabel teuer. „Wir sind das Energieland Nummer eins“, sagte Thoben. Deshalb seien Kraftwerksneubauten von der Auktionierung auszunehmen. Die Forderungen der SPD nach Energiesparoffensive und Investitionsprogramm bezeichnete sie als „utopisch“ und „extrem überzeichnet“. Sie verwies auf die Klimaschutzprogramme der Landesregierung. Und falls die EU auf eine vollständige Versteigerung bestünde, werde sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass ab 2013 „ein angemessener Teil“ der Erlöse nach Nordrhein-Westfalen fließt, versprach die Ministerin. sow

In direkter Abstimmung lehnte das Parlament mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD den Antrag ab. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich.

Eine Debatte um Qualität und Quantität

Studie zum Unterrichtsausfall Thema einer Aktuellen Stunde

18.09.2008 – Der Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen habe sich seit dem Regierungswechsel mehr als halbiert, erklärte Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Laut einer aktuellen Studie ihres Ministeriums befinde sich der Anteil der ausgefallenen Stunden am gesamten Schulunterricht mit zwei Prozent auf dem niedrigsten jemals gemessenen Stand. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen dagegen bezweifelten die Aussagekraft der Statistik.

Klaus Kaiser (CDU) sprach der Schulministerin „einen herzlichen Dank“ für eine „außerordentliche Leistung“ aus. Die Statistik zeige, „dass die Maßnahmen der neuen Bildungspolitik greifen“. Selbst größte Optimisten hätten nicht für möglich gehalten, dass sich der Unterrichtsausfall um mehr als die Hälfte reduzieren lasse. Die Kritik der Oppositionsfractionen an der Statistik nannte Kaiser „Propaganda, die den Fakten nicht standhält“. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe die Schulpolitik in den Fokus genommen und ihre Versprechen gegenüber Schülern und Eltern gehalten. „Mehr Unterricht heißt mehr Qualität“, erklärte der Christdemokrat.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) meinte zur Statistik: „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: CDU und FDP haben Wort gehalten.“ Der Landesregierung sei es gelungen, Eltern und Schülern Sicherheit im Schulalltag zurückzugeben. Keine Schulform überschreite beim Unterrichtsausfall

die 3-Prozent-Marke. Dieses Ergebnis beweise, dass die Landesregierung bei den Schulformen „keine ideologischen Lieblinge“ habe, betonte Pieper-von Heiden. Kritikern der Opposition entgegnete sie, unter Rot-Grün seien fünf Millionen Schulstunden jährlich ausgefallen. Die FDP-Politikerin regte an, den Unterrichtsausfall weiter zu reduzieren, etwa durch verstärkte Zusammenarbeit der Schulen vor Ort.

Ute Schäfer (SPD) hielt die Statistik der Landesregierung für nicht glaubwürdig. Das Ministerium rechne die Stichproben von 300 Schulen auf alle Schulen in NRW hoch. Dabei unterschlage es rund eine Million ausgefallene Unterrichtsstunden, die durch die Vergabe von Kopfnoten entstanden seien. „Zählt man diese Stunden hinzu, kommt man auf rund 3,3 Millionen Stunden Unterrichtsausfall“, sagte die Sozialdemokratin. Schäfer rechnete außerdem vor, rund 5.800 Lehrerstellen würden in NRW nur „auf dem Papier“ existieren. „Das

halte ich für einen handfesten bildungspolitischen Skandal.“ Sie warf der Landesregierung vor: „Ihnen geht es um Quantität und nicht um Qualität.“

Sigrid Beer (Grüne) kritisierte: „Was Sie da mit Ihrer Stichprobe fabriziert haben, ist Katzengold, versuchtes Blendwerk für die Öffentlichkeit.“ Das Schulministerium habe seiner Studie falsche Bezugsgrößen zugrunde gelegt. Nicht die in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen festgeschriebenen Stundentafeln seien berücksichtigt worden, sondern das tatsächliche Unterrichtsangebot. Damit, erklärte Beer, würden ausgefallene Unterrichtsstunden, „die es laut Stundentafeln eigentlich geben müsste“, im Bericht nicht als Unterrichtsausfall gezählt. Beer kritisierte außerdem, nur die Hälfte des ausgefallenen Unterrichts werde gemäß Stundenplan vertreten.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) dankte allen Lehrerinnen und Lehrern, „die hart dafür gearbeitet haben, den Schülern eine Unterrichtssicherheit zu geben“. Die Kritik der Opposition am Erhebungsverfahren wies sie zurück. Ihr Ministerium habe das Stichprobenverfahren aus Zeiten der rot-grünen Landesregierung übernommen und daran aus Gründen der Vergleichbarkeit nichts geändert. Sie verteidigte auch die schulischen Vertretungskonzepte. Um Unterrichtsstunden nicht ausfallen zu lassen, würden Schüler zu selbstständigem Lernen in ihren Klassen angehalten. Diese Form des „eigenverantwortlichen Lernens“ sei zu begrüßen. SW

Für Vielfalt und Toleranz

Einstimmige Resolution des Landtags gegen Rassismus

18.9.2008 – Ein eindrucksvolles Bekenntnis zu einer pluralistischen, toleranten und freiheitlichen Gesellschaft hat der Landtag mit einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen verabschiedet (Drs. 14/7464). Einstimmig wies das Parlament die Absicht von Rechtsextremisten, aus der Diskussion um eine geplante Moschee in Köln politisches Kapital zu schlagen, zurück.

Anlass der Resolution war der Kongress „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“, den die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe „pro Köln“ am 19. und 20. September in Köln veranstaltet hat. Mitveranstalter waren deutsche und ausländische Vertreter der rechtspopulistischen und rechtsextremen Szene.

Redner aller vier Fraktionen und Innenminister Ingo Wolf (FDP) verurteilten den

Kongress als Hetzveranstaltung gegen eine ganze Glaubensgemeinschaft. Es sei das Gebot einer wehrhaften Demokratie, gemeinsam gegen ihre Feinde aufzustehen und den Versuch zu entlarven, Islam und islamistischen Terror gleichzusetzen. Allerdings müsse man auch die Ängste der Menschen in einer multikulturellen Gesellschaft ernst nehmen. Die Vorteile der Pluralität müssten noch deutlicher werden.

„Wir stehen zusammen“, so der CDU-Abgeordnete Michael Solf, „wenn die Feinde der Demokratie herankriechen.“ Martin Börschel (SPD) stellte fest, dass sich die vermeintlichen Biedermänner von „pro Köln“ demaskiert hätten. Der infame Anti-Islamisierungskongress, so Christian Lindner (FDP) versuche, mit plumpen Parolen Ängste zu schüren. Andrea Asch (Grüne) unterstrich, dass rassistische Parolen der Diffamierung und Ausgrenzung in NRW keinen Platz haben dürften.

In dem mit „Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – Für Vielfalt und Toleranz“ überschriebenen Antrag der Landtagsfraktionen heißt es, wer die Integrationsbereitschaft der Menschen attackiere und diskreditiere, handle schändlich. Der „Kongress“ stehe im Widerspruch zu den gemeinsamen Bemühungen aller Fraktionen, den interkulturellen Dialog zu intensivieren. Das Ziel sei ein friedliches und respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit. hz

Mehr Mittel für die Medizin

Fraktionen wollen die Zukunft der Krankenhäuser sichern

17.09.2008 – Unverzüglich solle die Landesregierung dem Landtag einen Krankenhausrahmenplan vorlegen, forderte die SPD-Fraktion in einem Antrag (Drs. 14/7451). Dieser Plan sei dringend notwendig, um ein „unkoordiniertes Krankenhaussterben“ zu verhindern und die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, argumentierten die Sozialdemokraten. Im Plenum warfen sie Gesundheitsminister Laumann vor, die finanziell unter Druck geratenen Krankenhäuser nicht ausreichend zu unterstützen. Das sahen die Regierungsfaktionen von CDU und FDP anders und verwiesen auf Versäumnisse aus rot-grüner Regierungszeit.

Heike Gebhard (SPD) meinte, seit nunmehr 40 Monaten, seit dem Amtsantritt von Gesundheitsminister Laumann, hätten die Krankenhäuser keine Planungssicherheit mehr. Der Minister sei mitverantwortlich, wenn auch nur eines dieser Häuser seine Versorgungsverpflichtung nicht mehr erfüllen könne, so Gebhard. Im Landeshaushalt 2008 seien zwar 210 Millionen Euro für Investitionen inklusive des Krankenhausportals vorgesehen, jedoch sei von diesem Geld bislang kein einziger Euro an die Krankenhäuser geflossen. Die Folgen seien absehbar: „Da die Personalkosten den größten Kostenblock ausmachen, hatten wir in den letzten Jahren eine deutliche Reduktion der Zahl der Pflegekräfte zu verzeichnen.“ Das Ende der Fahnenstange sei nun erreicht.

Rudolf Henke (CDU) stellte die Debatte in einen bundesweiten Zusammenhang. Er kritisierte, dass sich die SPD nicht hinter die Forderungen von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern im Bundesrat stelle, den Krankenhäusern Refinanzierungsmöglichkeiten einzuräumen. Der Christdemokrat erklärte außerdem: „Ohne die Bereitschaft der Länder zu höheren Investitionen

wird sich die Finanzmisere nicht lösen lassen.“ Die SPD bringe jedoch Fakten durcheinander, wenn sie die Landesregierung für das „Krankenhaussterben“ verantwortlich mache. Sie verschweige, dass NRW im Unterschied zu den übrigen Ländern und zur rot-grünen Regierungszeit die Investitionsmittel für die Krankenhäuser erhöht und den hinterlassenen Berg an Bewilligungen konsequent abgearbeitet habe.

Dr. Stefan Romberg (FDP) erneuerte seine Zustimmung für das von den Regierungskoalitionen verabschiedete Krankenhausgestaltungsgesetz und die Umstellung auf eine Pauschalförderung. Das alte Finanzierungssystem sei „ungerecht, undurchsichtig und letztlich auch unfinanzierbar“ gewesen – „ein Politikstil auf Kosten nachfolgender Generationen, bloß um selbst Applaus für Bewilligungsbescheide zu erhalten“. Romberg war überzeugt, dass ein Großteil der finanziellen Probleme der Krankenhäuser auf bundespolitischen Rahmenbedingungen beruhe. Die Krankenhausgesellschaft habe jüngst von einer Finanzierungslücke in Höhe von 6,7 Milliarden Euro gesprochen. Auf diese Probleme sollten auch die Sozialdemokraten ihr Augenmerk richten.

Barbara Steffens (Grüne) unterstützte die Forderungen der SPD: „Wir wollen, dass sich das Gesundheitsministerium in die Verantwortung einbringt.“ Steffens benannte drei „Baustellen“, die für die Krankenhäuser von Bedeutung seien. „Die eine Baustelle ist die Sicherstellung der Finanzierung. Die andere Baustelle ist die Art und Weise, wie die investiven Mittel auf Landesebene gesichert werden. Und die dritte Baustelle ist der Rahmenplan.“ Der Landtag müsse diskutieren, inwieweit dieser Plan eine Steuerungsfunktion, zum Beispiel im Hinblick auf die Bildung medizinischer Zentren, erfüllen solle. „Deswegen finde ich es richtig zu sagen: Wir wollen schnell, dass das nicht nur im Ministerium entsteht, sondern dass auch hier, gemeinsam mit den Fraktionen, darüber diskutiert wird.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sagte, noch immer sei sein Ministerium damit beschäftigt, Bewilligungsbescheide aus rot-grüner Regierungszeit abzuarbeiten: „Von 2005 bis jetzt haben wir zur Bezahlung Ihrer Bescheide rund 180 Millionen Euro mehr ausgegeben, als Sie in der mittelfristigen Finanzplanung überhaupt vorgesehen hatten“, so Laumann. Er verteidigte erneut die eingeführte Pauschalförderung für die Krankenhäuser. Zum ersten Mal würden diese im Oktober 100 Millionen Euro über die Baupauschale erhalten. Laumann kündigte an, bis zum Frühjahr einen Krankenhausrahmenplan vorzulegen. Der letzte Plan von 2001 sei über drei Jahre erarbeitet worden. „Wenn wir bis zum Frühjahr brauchen, sind wir also verdammt schnell.“ SW

Der Landtag hat den SPD-Antrag einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.



Im hohen Norden ...

... präsentierte sich der Landtag Nordrhein-Westfalen auf der zentralen Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit 2008. Die Hansestadt Hamburg hieß an drei Tagen über 550.000 Besucherinnen und Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet willkommen. Unter dem Motto „Kulturnation Deutschland“ kam auf einer „Ländermeile“ die kulturelle Vielfalt der vereinten Bundesrepublik zum Ausdruck. Im Zelt des Landtags begrüßten Landtagspräsidentin Regina van Dinter, der Direktor beim Landtag, Peter Jeromin (re.), sowie der Abgeordnete Reinhard Jung die Gäste. Kleine und große Besucher informierten sich dort über die Arbeit des Landesparlaments, bevor sie ihren Festtagsbummel von Bundesland zu Bundesland fortsetzten.

Foto: Wüwer

Zwischen „Diskretion“ und „Desaster“

Diskussion über WestLB wird zur Grundsatzdebatte über öffentlich-rechtliches Bankenwesen

17.9.2008 – „Der Streit eskaliert – welche Perspektiven hat die WestLB?“, So der Titel einer Aktuellen Stunde. In der Debatte war dabei der Sprung zum geplanten Sparkassengesetz nicht weit. Gewollt oder (durch die EU) getrieben – für die rot-grüne Opposition gefährdet die Regierung mit ihrer Politik nicht nur die Zukunft der WestLB, sondern gleich des gesamten Sparkassenwesens in der Bundesrepublik Deutschland. „Unverantwortliche Panikmache“ hielt die Regierung entgegen und konterte, die wirkliche Gefahr liege in ebensolchen Aussagen.

Gisela Walsken (SPD) warf der Landesregierung „Dilettantismus“ im Umgang mit der größten Investition des Landes vor. Die WestLB brauche ein neues Geschäftsmodell; dies werde aber von der Landesregierung – so Walsken mit Blick auf mögliche Fusionen – nicht unterstützt. Die Bank treibe vielmehr seit 2007 führungslos durch die Immobilienkrise. Den „Gipfel der Inkompetenz“ sah sie allerdings im Entwurf des Sparkassengesetzes: Der – gegen den Widerstand der Sparkassenverbände – geplante Verbund zwischen WestLB und Sparkassen könne das Ende des öffentlich-rechtlichen Bankensystems bedeuten. Insbesondere wandte sich die Oppositionssprecherin gegen die Äußerungen von EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes zu diesem Thema, die auf eine Privatisierung der Sparkassen abzielten, was auch Teile der Landesregierung wünschten.

Christian Weisbrich (CDU) dagegen sah schon in der Beantragung der Aktuellen Stunde einen Akt „verantwortungslosen Handelns“. Die „Hetze“ der Opposition gefährde Arbeitsplätze und Landesvermögen. Zwischen 2002 und 2004, also unter rot-grüner Regierung, seien bei der WestLB reale Verluste von 4,8 Milliarden Euro entstanden, blickte Weisbrich zurück. Er erinnerte daran, dass in der Ägide der Vorgängerregierung die WestLB mit der LBS ihr Bauspargeschäft abgegeben habe, dass die Landesregierung die Mehrheit an der WestLB „verspielt“ habe, dass sie „Fehlspekulationen“ mit VW-Aktien abgesegnet habe und dass sie die WestLB in einen Kampf mit der EU-Kommission gehetzt habe. Wer dies alles zu verantworten habe, solle jetzt der aktuellen Landesregierung bei der Krisenbewältigung helfen, anstatt Angst und Misstrauen zu schüren.

Angela Freimuth (FDP) sah einerseits eine vernünftige Kritik an Zeitpunkt und Art der Äußerungen der EU-Wettbewerbskommissarin gerechtfertigt, andererseits unterstrich sie: „Niemand hier im Hause wünscht sich, dass sich die Sichtweise von Frau Kroes unverändert durchsetzt.“ Aber es müsse doch sichergestellt werden, dass die WestLB über ein besseres Geschäftsmodell zukünftig auf eigenen Füßen stehen könne und nicht auf das Geld der Steuerzahler angewiesen sei. Dieses Ziel sei am besten über sachliche Gespräche auch mit der Kommission zu erreichen, nicht über „Geschrei in den Schützengräben“. Unterstützung signalisierte die Liberale für die Forderung der Sparkassen, dass die WestLB im öffentlich-rechtlichen Lager bleibe: „Es ist dann aber auch an den Sparkassen, mit dem Land gemeinsam eine Lösung innerhalb ihrer Strukturen zu finden.“

Sylvia Löhrmann (Grüne) verband in ihrer Stellungnahme ebenfalls das Problem „WestLB“ mit dem geplanten Sparkassengesetz. Alle Fusionsüberlegungen seien entweder von der Regierung abgelehnt worden (Stichwort: LBBW) oder – einmal öffentlich geworden – gescheitert. „Wenn Sie nicht einhalten und einlenken, wird Jürgen Rüttgers zum Totengräber der WestLB

... und der Sparkassen.“ Das Sparkassengesetz müsse gestoppt werden, ansonsten fungiere die Landesregierung als Handlanger der EU-Kommissarin Kroes, die einen „finalen“ Angriff auf die Sparkassen in ganz Deutschland plane. Mit Blick auf die Äußerungen aus Brüssel warnte Löhrmann davor, die Sparkassen zwangsweise an die WestLB zu binden: Wenn ein privater Investor mehr als 50 Prozent der WestLB übernehme, dann sei ein neues Gesetz nötig, um diesen Verbund wieder zu lösen.

Finanzminister Helmut Linssen (CDU) unterstrich, das Hauptziel sei, die WestLB zu konsolidieren. „Dabei gibt es Bemerkungen von Frau Kroes, die wir nicht teilen“, distanzierte er sich von der europäischen Wettbewerbskommissarin. Artikel 295 des EU-Vertrags schütze die Eigentumsordnung der EU-Mitgliedstaaten und damit in Deutschland die öffentlich-rechtliche Trägerschaft der Sparkassen. Daher könne von einer möglichen Privatisierung der Sparkassen keine Rede sein, betonte Linssen. Im Übrigen sei es eine Falschmeldung, dass zwei Drittel der risikobehafteten Wertpapiere in der Amtszeit der gegenwärtigen Regierung angeschafft worden wären; dies sei vielmehr unter Rot-Grün geschehen. Persönlich habe er dies nicht mitzuverantworten, da er zwischen 2002 und 2005 nicht Mitglied im Aufsichtsrat der WestLB gewesen sei.

cw

Foto: Schälte

Wie sichert man Stabilität?

Interview zum Schwerpunkt „Sparkassengesetz“

Die Sparkassen – allgemein betrachtet als Hort der Stabilität – sollen stark bleiben. Gerade auch angesichts der allgemeinen Bankenkrise wie auch vor dem Hintergrund der Turbulenzen, in die die WestLB geraten ist. An diesem Punkt hört die Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition auch schon auf: Die einen sehen in der Erneuerung des Sparkassengesetzes eine Notwendigkeit, um das Sparkassenwesen zu erhalten, die anderen befürchten genau das Gegenteil. Grund genug, die unterschiedlichen Sichtweisen im Interview zu erfragen.

Die Diskussion über das Sparkassengesetz beinhaltet auch eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Sparkassen auf der einen Seite und WestLB auf der anderen. Wie bewerten Sie dieses Verhältnis erstens mit Blick auf den geplanten Verbund und zweitens mit Blick auf die geplante Öffnung der WestLB im Bereich des Privatkundengeschäfts?

Volkmar Klein (CDU): Dieser Verbund wird ja nicht geplant, dieser Verbund wird gelebt. Und der Verbund zwischen den öffentlich-rechtlichen Sparkassen und ihrer „Tochterfirma“ WestLB wird heute viel besser gelebt als früher, weil die WestLB früher zu oft nur als abgehobene Investmentbank aufgetreten ist. Aber inzwischen ist dieser Verbund Wirklichkeit, das Sparkassengesetz beschreibt das. Gemeinsam können Sparkassen und WestLB mehr erreichen, das gilt für beide. Um ein Beispiel zu nennen: Die Sparkassen dürfen nicht landesweit mit gemeinsamen Konditionen werben, das wäre ein Verstoß gegen das Kartellrecht. Insofern ist es sinnvoll, punktuell selbst im Bereich Konsumentenkredite gemeinsam mit der WestLB aufzutreten, wie das bei

der Readybank geschieht. Aber: Was und wie sie etwas gemeinsam anpacken wollen, ist ausschließlich Sache der Verbundpartner selbst.

Gisela Walsken (SPD): Das Verhältnis ist dadurch eindeutig bestimmt, dass die Sparkassen über ihre Verbände mit den Landschaftsverbänden Mehrheitseigentümer der WestLB sind. Die Sparkassen und Sparkassenverbände sind der Auffassung, dass keine einzelne Sparkasse Eigentümer der Bank sein soll und kein Verbund verpflichtend per Gesetz vorgeschrieben werden soll. Es gibt jetzt schon eine freiwillige Zusammenarbeit über die S-Finanzverbund-Clearing, über die viele Neugeschäfte abgewickelt werden. Die Geschäftsmodelle müssen deutlich voneinander getrennt bleiben: Die Sparkassen machen das Geschäft „Auge in Auge“ mit den Kunden, während die WestLB sich schwerpunktmäßig auf das internationale Geschäft konzentriert.

Angela Freimuth (FDP): Die Sparkassen sind Mehrheitseigentümer der WestLB und arbeiten bereits heute im sogenannten S-Finanzverbund mit der WestLB in Nordrhein-Westfalen zusammen. Im Gesetzesentwurf wird diese schon freiwillig bestehende Zusammenarbeit nun geboten; er überlässt es aber den S-Verbund-Partnern, diese auszugestalten. Ich gehe davon aus, dass der zukünftig gestärkte S-Verbund im Bereich des Privatkundengeschäfts und in der Finanzdienstleistung für den Mittelstand seine guten Angebote und Produkte weiter verbessern wird.

Ewald Groth (Grüne): Es kann nicht sein, dass die WestLB den Sparkassen Konkurrenz macht im Privatkundengeschäft und sich die beiden Institutionen gegenseitig im Wettbewerb auffressen – zumal die Sparkassen mehrheitlich Besitzer der WestLB sind. Es kann nur sein, dass man sich bemüht, den Markt gemeinsam zu erobern, um eine Win-Win-

Situation zu schaffen. Dazu bedarf es einer gesetzlichen Fixierung. Deshalb sind wir Grünen strikt dagegen, das Verhältnis gesetzlich zu fixieren. Und wir haben gerade erst einen Antrag eingebracht, die parlamentarischen Beratungen zum Sparkassengesetz im Hinblick auf die Finanzkrise auszusetzen, weil das die Märkte weiter verunsichert.

Die EU-Kommissarin für Wettbewerb und Binnenmarkt, Neelie Kroes, hat ihre Vorstellungen hinsichtlich der finanziellen Absicherung der WestLB verbunden mit Überlegungen über das öffentlich-rechtliche Bankenwesen im Allgemeinen. Was halten Sie von Zeitpunkt und Inhalt der Verlautbarungen?



Gisela Walsken (SPD)

Volkmar Klein (CDU): Der EU-Vertrag regelt abschließend die deutsche Zuständigkeit in diesem Bereich. Insofern hat sich Frau Kroes da nicht einzumischen. Vielleicht sollte sie sich über diese Rechtsgrundlagen einfach besser informieren. Für Deutschland sind die Sparkassen als eine Säule des Bankensystems wichtig. Das sichert die Wettbewerbsintensität des Bereichs insgesamt und vor allem auch flächendeckend bis in alle Winkel des Landes. Die dezentral starke Bankversorgung ist Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Im Übrigen passt das Vorgehen der Frau Kroes auch nicht in die Zeit. Vielleicht hat das etwas mit EU-Antipathien gegen die WestLB aufgrund langjähriger, unerfreulicher Kontakte mit Brüssel zu tun. Aber wenn heute in ganz Europa Staaten bei Banken einsteigen und jeder das nicht nur akzeptiert, sondern ausdrücklich als stabilisierenden Faktor begrüßt, dann kann Frau Kroes nicht ernsthaft gleichzeitig in Sachen WestLB das Umgekehrte fordern.

Gisela Walsken (SPD): Ich mache seit 1990 Haushalts- und Finanzpolitik und habe noch



Volkmar Klein (CDU)

nie erlebt, dass sich eine beteiligte Kommissarin in einem laufenden Verfahren öffentlich äußert. Von daher sehe ich die Verlautbarung außerordentlich kritisch. Das Verhältnis der Kommissarin zum öffentlich-rechtlichen Bankwesen ist ein gespaltenes. Dahinter steht nach meiner Auffassung der Versuch, die öffentlich-rechtliche Bankensäule in der Bundesrepublik deutlich zu schwächen. Meine Fraktion sieht darin einen massiven Angriff. Aber aufgrund der aktuellen Lage wird es für Frau Kroes schwierig zu begründen, warum bei der WestLB keine staatlichen Garantien gegeben werden dürfen, während wir weltweit private Banken damit stützen.

Angela Freimuth (FDP): Die Äußerungen von Kommissarin Kroes sind in der Art und Weise und auch hinsichtlich des Zeitpunkts schon bemerkenswert. Im Ergebnis möchte ich nicht, dass sich ihre Vorstellungen in dem Verfahren über die Bewilligung der Hilfen für die WestLB völlig unverändert niederschlagen.

Wir wollen – gerade mit Blick auf die Sparkassen – diesen Risikoschild für die WestLB aufspannen, wenngleich dies für die Steuerzahler eine enorme Herausforderung sein kann. Aus meiner Sicht ist dieses Engagement jedoch notwendig und vertretbar, wenn ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickelt wird und die Risikokontrolle verbessert wird. Hier sehe ich die Eigentümer aber auf einem konstruktiven Weg.

Wir haben in Deutschland ein öffentlich-rechtliches Bank- und Sparkassenwesen und vom EU-Vertrag sind die Eigentumsrechte nach nationalstaatlichem Recht geschützt. Die Äußerungen von Kommissarin Kroes sind sicherlich ernst zu nehmen, aber keine Position, die ich undifferenziert teile. Unabhängig vom konkreten beihilferechtlichen Verfahren hält die FDP aber an ihrem Ziel fest, den Landesanteil an der WestLB auch unter Einbeziehung des Kapitalmarktes zu verwerten.



Angela Freimuth (FDP)

Ewald Groth (Grüne): Mit Sicherheit ist Frau Kroes über ihre Kompetenzen hinausgegangen. Ich vermute dahinter eine Strategie: Die EU-Kommission hat diese Kompetenzen nicht und sie will sie reklamieren. Das ist ein bedenklicher Vorgang. Und natürlich müssen wir mit der EU-Kommission zusammenarbeiten, wenn wir das Problem WestLB in den Griff kriegen wollen. Aber wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, schon gar nicht, wenn die EU-Kommission Kompetenzen überschreitet. Schon gar nicht jetzt, wo die Kommission – Stichwort Finanzmarktkrise – mit zweierlei Maß zu messen scheint.

Hinsichtlich der Bestimmungen zu den Ausschüttungen der Sparkassen – Stichwort Gemeinwohl und gemeinnützige Zwecke – scheint sich nunmehr ein Kompromiss zwischen Regierung und den Sparkassenverbänden anzubahnen. Wie ist Ihre Meinung zu diesem Kompromiss?

Volkmar Klein (CDU): Traditionell sind die Sparkassen wichtige Spender und Sponsoren gemeinnütziger Organisationen und Vereine. Daran ändert der Entwurf des Sparkassengesetzes nicht das Geringste. Darüber hinaus gibt es aber einige Sparkassen, die auch noch an ihre Trägerkommunen Gewinne ausschütten. Und wir meinen, dass man bei diesen Geldern etwas weniger Reglementierung für die Kommunen braucht, also mit Blick darauf, für was sie diese Mittel im Rahmen ihrer gemeinwohlorientierten Aufgaben ausgeben. Wenn es jetzt gelingt, dieses Anliegen – also weniger Bevormundung aus Düsseldorf – auch noch durch konsensfähige Formulierungen zu untermauern, dann hat dies meine volle Unterstützung.

Gisela Walsken (SPD): Es ist ganz wichtig, dass wir die Gemeinnützigkeit der Sparkassen und damit ihre besondere Stellung erhalten. Eine Sparkasse unterscheidet sich von einer Privatbank dadurch, dass sie all ihre Gewinne in gemeinnützige Projekte reinvestiert. Wenn es zu einem Kompromiss kommen sollte, der die Gemeinnützigkeit weitgehend wahrt, ist dieser aus meiner Sicht möglich. Ich würde mir dann allerdings wünschen, dass es keine Ausweisung von Trägerkapital und keinen Verbund zwischen der WestLB und den Sparkassen gibt.

Angela Freimuth (FDP): Wir haben ja bei der



Ewald Groth (Grüne)

Ausschüttungsregelung, die im Entwurf des Sparkassengesetzes steht, keine grenzenlose Lockerung für die Kommunen, für die Träger, vorgesehen. Die Regelung besagt, dass Mittel auch weiterhin gemeinwohlorientiert verwandt werden müssen. In der Begründung ist klargestellt, dass damit insbesondere gemeinnützige Zwecke umfasst sind. Ich halte es auch für richtig und konsequent, dass eine Kommune, also der Träger und Eigentümer einer Sparkasse, mit den Ausschüttungen gemeinwohlorientiert arbeiten kann und dass darüber im Rat diskutiert und entschieden werden kann. Aber über die genaue Ausformulierung dieser Zielsetzung im Gesetz kann sicherlich noch gesprochen werden. Wir verschließen uns konstruktiven Verbesserungen nicht. Darüber hinaus haben die Sparkassen wie bisher die Möglichkeiten, mit Spenden gemeinnützig tätig zu sein.

Ewald Groth (Grüne): Wir halten alles für richtig, was nicht in Richtung Privatisierung führt und was die besondere Stellung der Sparkassen im Bankensektor nicht gefährdet. Dabei geht es um die Verbundzusammenarbeit, um das Trägerkapital, um Ausschüttungen, um Eigentumsverhältnisse. Die Sparkassen erweisen sich im Moment als verlässlicher Hort im Finanzgeschäft. Die Mittelständler stehen inzwischen Schlange bei den Sparkassen, weil sie mit den Privatbanken nicht mehr klarkommen. Dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sparkassen darf man nicht gefährden durch gesetzliche Regelungen, wie sie die Landesregierung vorgelegt hat. Ja, den Kompromiss unterstützen wir. Denn in der jetzigen Situation ist es wichtig, dass Land, Sparkassen und Kommunen an einem Strang ziehen.

Jugendlichen den Umgang mit Geld vermitteln

Durch Training, unabhängige Vermittlung oder neuem Schulfach?

17.09.2008 – Die Finanzkompetenz junger Menschen in Nordrhein-Westfalen muss gestärkt werden, darin waren sich alle vier Landtagsfraktionen einig. Dazu brauche man ein umfassendes Programm. Die Frage der Finanzierung allerdings spaltete die Fraktionen. CDU und FDP plädierten für Sponsoring, während SPD und Grüne forderten, Bildung solle weiterhin unabhängig vermittelt werden.

Marie-Luise Fasse (CDU) drückte ihre große Besorgnis angesichts der frühen Verschuldung Jugendlicher aus. 11 Prozent der 18- bis 24-Jährigen seien im Schnitt mit 1.430 Euro verschuldet. Eine wichtige Ursache für eine Ver- und spätere Überschuldung junger Menschen sei, dass ihnen eine fundierte finanzielle Allgemeinbil-

denhang bereits gute Aktionen im Sinne eines vorsorgenden Verbraucherschutzes auf den Weg gebracht, lobte der FDP-Politiker. Aufgabe der Kommunen sei es nun, Instrumente wie die Übermittagsbetreuung im Ganztage zu nutzen, um Schüler beispielsweise von Privatbanken, Sparkassen und Verbraucherzentralen über ei-

Johannes Rimmel (Grüne) unterstützte das Anliegen von CDU und FDP ebenfalls grundsätzlich. Allerdings müsse man der Problemlösung die gesellschaftlichen Entwicklungen zugrunde legen: „Viele Erziehungsaufgaben verlagern sich von den Familien weg hin auf die Gesellschaft.“ Daher müsse man das Problem breiter angehen und die Verbraucherbildung als ordentliches Fach in den Schulkanon aufnehmen. Dort könnten die Jugendlichen dann Kompetenzen nicht nur in Sachen Finanzen, sondern etwa auch bezüglich gesunder Ernährung erwerben. Rimmel kritisierte ebenfalls eine Finanzierung durch Sponsoren. Man sei allerdings bereit, über Stiftungsmodelle nachzudenken, bei denen es keinen direkten Bezug zwischen Sponsoren und dem Projekt gebe.



Marie-Luise Fasse (CDU)

Holger Ellerbrock (FDP)

Svenja Schulze (SPD)

Johannes Rimmel (Grüne)

Eckhard Uhlenberg (CDU)

dung fehle. Anfang 2006 habe das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz daher ein landesweites Netzwerk zur Förderung der Finanzkompetenz ins Leben gerufen. Um jedoch alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, müsse die Aufklärung vor Ort in den Kommunen erfolgen, betonte die CDU-Politikerin. Hierzu müssten Städte und Gemeinden geeignete Partner finden.

Holger Ellerbrock (FDP) betonte, dass in erster Linie die Eltern zuständig seien, die Kinder und Jugendlichen zu einem verantwortlichen Umgang mit Geld zu erziehen. Aufgabe der Schule sei es, „ergänzendes Wissen“ zu vermitteln. Führe man sich die Tatsache vor Augen, dass jeder achte Jugendliche mit bis zu 1.800 Euro verschuldet sei, dann könne es einem „grausen“. Der Umweltminister habe in diesem Zusam-

men verantwortlichen Umgang mit Geld informieren zu lassen.

Svenja Schulze (SPD) stimmte mit den Regierungsfractionen überein, dass die Basis für einen kompetenten Umgang mit Geld bereits in der Jugend gelegt werden müsse. Die Antwort von CDU und FDP auf diese Herausforderung sei allerdings „grundsätzlich falsch“. Es könne doch nicht deren Vorstellung von Bildung und Schule sein, notwendige Qualifikationen über Sponsoren zu vermitteln. Verbraucherbildung gehöre in den Unterricht und müsse unabhängig vermittelt werden. Die Landesregierung müsse sich in diesem wichtigen Punkt ihrer Verantwortung stellen. Das heiße auch, die Verbraucherbildung zu finanzieren. Schulze appellierte an die CDU, kein Sponsoring von notwendigen Bildungsinhalten zuzulassen, nur weil die FDP offenbar Bildung privatisieren wolle.

Eckhard Uhlenberg (CDU), Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, nahm vorweg, dass die Landesregierung die Finanzkompetenz junger Menschen in Nordrhein-Westfalen intensiv fördere. Dazu zähle das Netzwerk Finanzkompetenz Nordrhein-Westfalen, das sein Ministerium im Jahre 2006 ins Leben gerufen habe. Er selbst habe schon in einigen Schulen mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Finanzen diskutiert. Solche Diskussionen seien „hoch interessant“, betonte Uhlenberg. Daher setze sein Ministerium sich dafür ein, dass Projekte wie „Alles im Griff!“ auf lokaler Ebene verankert würden. Die Suche nach Kooperationspartnern und Sponsoren sei dabei der richtige Weg und diene dazu, Beratungsangebote zu verfestigen und innovative Wege weiterzuehen, wie es etwa in Familienzentren gelänge, Eltern niedrigschwellig anzusprechen.

ab

Im Plenum behandelte Gesetzentwürfe

(Plenarsitzungen vom 27./28. August bzw. 17./18. September 2008)

DRS. NR.	GESETZ	INITIATOR / INHALT	STAND DES VERFAHRENS	BESCHLUSS	NÄCHSTE SCHRITTE
14/7434	Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Vertragsländern über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie	LANDESREGIERUNG – Überführung der NKL aus dem Eigenbetrieb der Länder in eine Anstalt des öffentlichen Rechts	1. Lesung	Überweisung an den Hauptausschuss	Hauptausschuss beriet am 25.09.08, weitere Beratung steht an
14/7433	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums	LANDESREGIERUNG – Verlängerung der Geltungsdauer von befristeten Gesetzen, die das Innere betreffen wie etwa Beamtentum, Presse, Landeswappen, Feuerwehr oder Korruptionsbekämpfung	1. Lesung	Überweisung an den Innenausschuss	Innenausschuss beriet am 25.09.08, weitere Beratung geplant am 30.10.08
14/7432	Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes	LANDESREGIERUNG – Bestimmung der Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Jugendhilfe (wie bisher, was allerdings durch ein künftiges Bundesgesetz sonst geändert würde)	1. Lesung	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmte dem Gesetzentwurf einstimmig zu	2. Lesung im Plenum
14/7318	Hochschulzulassungsreformgesetz	LANDESREGIERUNG – Regelungen zur Hochschulzulassung für ein Studium in NRW; Errichtung einer „Stiftung für Hochschulzulassung“	Nach 1. Lesung und Anhörung	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Anhörung am 16.10.08	Weitere Ausschussberatung (6.11.08) und 2. Lesung (geplant am 12.11.08)
14/7308	Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	LANDESREGIERUNG – Verlängerung der Geltungsdauer des § 1b des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AG VwGO); Fortschreibung der Zuständigkeitsverteilung in asylgerichtlichen Streitigkeiten bis zum 31.12.2009	1. Lesung und Beratung im Ausschuss abgeschlossen	Rechtsausschuss stimmte dem Gesetzentwurf in unveränderter Fassung zu	2. Lesung im Plenum
14/7307	Landesschuldenwesengesetz	LANDESREGIERUNG – Modernisierung des Schuldenwesens des Landes NRW	Nach 1. Lesung noch nicht im Ausschuss beraten		Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss steht an (30.10.08)
14/7075	Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG – Ausdehnung der Kirchensteuerabzugsverpflichtung auf die Fälle des Steuerabzugs vom Kapitalertrag, Anpassung des Kirchensteuergesetzes an die durch das Unternehmensteuergesetz 2008 geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen	Nach 1. Lesung noch nicht im Ausschuss beraten		Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss steht an (30.10.08)
14/7055	Gerichtsgebührenbefreiungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Redaktionelle Änderungen in § 2 des Gerichtsgebührenbefreiungsgesetzes	1. Lesung und Beratung im Ausschuss abgeschlossen	Rechtsausschuss stimmte dem Gesetzentwurf zu	2. Lesung im Plenum, gem. Antrag aller Fraktionen
14/7000	Haushaltsgesetz 2009	LANDESREGIERUNG – Inhalt: Feststellung des Haushaltsplans	Ausschussberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie in den zuständigen Fachausschüssen nach 1. Lesung	Öffentliche Anhörung von Sachverständigen war am 16.10.08	Weitere Ausschussberatungen und 2. Lesung im Plenum

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er vom zuständigen Fachausschuss beraten. Auf unserer Internetseite www.landtagintern.de bzw. auf der Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de finden Sie ausführlichere Informationen zum Verfahren der Gesetzgebung bzw. zu Inhalt und Planung der aktuellen Gesetzesarbeit.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Enquetekommission für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen hat sich am 19. September 2008 im Landtag konstituiert. Zur Vorsitzenden der Kommission wählten die Mitglieder die CDU-Abgeordnete Gabriele Kordowski. Ihr Stellvertreter ist Frank Sichau von der SPD-Fraktion. Die Enquetekommission wurde auf Antrag aller vier Landtagsfraktionen (Drs. 14/6965) mit Beschluss vom 19. Juni 2008 vom Landtag NRW eingesetzt und soll unter anderem die Risikofaktoren für Kinder- und Jugendkriminalität analysieren. Sie ist aus der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der den Mord an einem Häftling in der Justizvollzugsanstalt Siegburg



Die Vorsitzende der Enquetekommission, Gabriele Kordowski, mit ihrem Stellvertreter Frank Sichau (re.) und Landtagsvizepräsident Edgar Moron. Foto: Schälte

untersucht hatte, hervorgegangen. Landtagsvizepräsident Edgar Moron (SPD) begrüßte die Einberufung der Enquetekommission und unterstrich deren Bedeutung. Die Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität sei ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Thema. Es sei richtig und wichtig, so Moron, dass sich der Landtag unter Hinzuziehung hoch qualifizierter Sachverständiger den Fragen nach Ursachen und Prävention von Jugendgewalt und Kriminalität gewissenhaft widme. Insgesamt gehören der Enquetekommission neun Abgeordnete aus allen vier Landtagsfraktionen und sechs Sachverständige an.

+++

Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP hat der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) mehrheitlich dafür gestimmt, das Schützenbrauchtum in Nordrhein-Westfalen zu fördern und zu stärken. In einem entsprechenden Antrag (Drs. 14/7337) sprechen sich die beiden Regierungsfractionen dafür aus, das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Schützenbr-

derschaften und Schützenvereinen beispielsweise durch Auszeichnungen anzuerkennen. So soll das Land Nordrhein-Westfalen die Verdienste der Schützenbruderschaften und -vereine durch die Vergabe einer Ehrenplakette zu Vereinsjubiläen „in angemessener Weise würdigen und seine Wertschätzung damit zum Ausdruck bringen.“ Die Regierungsfractionen fordern außerdem, einen Preis für Schützenbruderschaften und -vereine auszuloben, „die sich in herausragender Weise für die Bewahrung des Brauchtums und die Pflege der Tradition eingesetzt haben“. Wie die CDU-Fraktion im Ausschuss erklärte, würde das Schützenwesen in Nordrhein-Westfalen einen großen Beitrag zur Jugendförderung und zur Jugendbetreuung leisten. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich ihrer Stimmen. Für die SPD-Fraktion erklärte der Abgeordnete Wolfgang Jörg, der Antrag der Regierungsfractionen ginge nicht weit genug. Seine Fraktion wolle daher im Plenum einen eigenen, umfassenderen Antrag vorlegen.

+++

Aufgrund der Sondersitzung des Landtags zur weltweiten Finanzkrise (siehe Seite 3 dieser Ausgabe) musste der parlamentarische Terminplan kurzfristig umgestellt werden. So wurde unter anderem eine vorgesehene Sondersitzung des Innenausschusses (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) zu den Festnahmen von zwei Terrorverdächtigen auf dem Flughafen Köln-Bonn verschoben. Sie soll nun am 30. Oktober stattfinden. Über die anstehenden Themen und Termine der parlamentarischen Arbeit informiert wöchentlich der elektronische Newsletter des Landtags, der kostenlos über die Internetseite www.landtag.nrw.de abonniert werden kann. Alle wichtigen Informationen zur Parlamentsarbeit sind außerdem zusammengefasst über die Internetseite www.landtagintern.de abrufbar.

+++

Nordrhein-Westfalen bleibt das Sportland Nummer eins. So lautete die einhellige Bewertung der Olympischen Spiele 2008 aus nordrhein-westfälischer Sicht im Sportausschuss (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Bei den Olympischen Spielen in Peking



Illustration: Peter Flock

kamen rund ein Viertel der deutschen Athleten aus NRW. Auch beim Medaillenspiegel waren die Spitzensportler aus NRW mit 15 der 41 erzielten Medaillen maßgeblich am Erfolg des deutschen Kaders beteiligt. Gleiches galt bei den Paralympics: Hier schnitten die Olympioniken aus NRW mit einem Medaillenanteil von 20 Prozent überragend ab. Diese Ergebnisse seien Konsequenz einer intensiven Arbeit an den Landesleistungszentren und entsprechender Förderung durchs Innenministerium. Trotz dieser Erfolge herrschte Einigkeit darüber, dass die Förderung im Bereich des Spitzensports wie auch des sportlichen Nachwuchses in Zukunft differenzierter sein müsse. Derzeit würden Medaillengewinne vielfach in Disziplinen errungen, in denen nur wenige Nationen konkurrieren. Außerdem sei die Anzahl der erzielten Medaillen rückläufig. Daher sollen Trainingsmethoden und -personal dem neusten Stand der Technik angepasst werden. Ebenfalls weiterentwickelt werden müsse das Verbandssystem zwischen Schul- und Leistungssport. Unter anderem soll die hohe Ausstiegsquote jugendlicher Nachwuchsathleten durch günstigere Studienbedingungen und duale Karrieren beispielsweise bei der Bundeswehr und der Polizei reduziert werden.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der Petitionsausschuss (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 10. November vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211 884-4444 erforderlich.



Einstimmig forderten die Sachverständigen im Kommunalausschuss finanzielle Sicherheiten für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen. Für die Zukunft befürchteten sie, die Haushaltssituation werde sich „drastisch verschlechtern“.

Foto: Schälte

Sorgenvolle Zukunft

Öffentliche Anhörung zur Gemeindefinanzierung 2009

15.10.2008 – Zuweisungen in Höhe von 7,7 Milliarden Euro sollen die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 erhalten. So sieht es das Gemeindefinanzierungsgesetz vor, das Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) in die parlamentarischen Haushaltsberatungen eingebracht hat. Im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) erhielten jetzt die Kommunalen Spitzenverbände und die Landschaftsverbände Gelegenheit, den Etatentwurf aus ihrer Sicht zu bewerten.

Mit Sorgen blickten die Sachverständigen in die Zukunft. So berichtete Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund NRW, dass sich die Haushaltssituation vieler Kommunen „auf dem Papier“ zwar entspannt habe, für die Zukunft jedoch neue finanzielle Engpässe zu erwarten seien. „In den nächsten drei bis fünf Jahren wird die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung drastisch steigen“, so seine Prognose. Viele Kommunen könnten zurzeit nur deshalb einen ausgeglichenen Haushalt vermelden, weil sie im Zuge des Neuen Kommunalen Finanzmanagements auf Ausgleichsrücklagen zurückgreifen dürften. Dieses Kapital sei jedoch bald aufgebraucht, so dass die finanzielle Situation der Kommunen „sehr bedenklich“ bleibe.

Kritisch äußerte sich Hamacher zum Verbundsatz, der im Gesetzentwurf zur Gemeindefinanzierung bei 23 Prozent festgesetzt, de facto allerdings niedriger sei. „Beim Verbundsatz ist laut Gesetzentwurf bereits ein pauschalierter Belastungsausgleich für die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten des Landes enthalten“, erklärte der Sachverständige. Ziehe man diesen Ausgleich von 1,17 Prozent ab, läge der Verbundsatz nur noch bei 21,83 Prozent. „Wir fordern einen echten Verbundsatz von 23 Prozent“, sagte Hamacher und erhielt Zustimmung von Dr. Dörte Diemert, Vertreterin des Städtetags Nordrhein-Westfalen.

Ein Kernelement des kommunalen Finanzausgleichs werde aufgegeben, meinte die Expertin

und verwies in ihrer Stellungnahme darauf, dass der Verbundsatz „aus gutem Grund“ seit über 20 Jahren nicht angetastet worden sei. Die nun vollzogene Kehrtwende sei umso dramatischer, da sich die finanzielle Situation der Kommunen deutlich verschlechtern werde – auch aufgrund der weltweiten Finanzkrise und den zu befürchtenden Rückgängen bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Es sei außerdem irreführend, anzunehmen, die Haushaltssituation der Kommunen habe sich aufgrund gestiegener Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren deutlich entspannt. „Das Geld kommt bei vielen Kommunen überhaupt nicht an“, so Diemert.

EINHEITSLASTEN

Für problematisch hielt sie auch die geplante Umstellung der Berechnungsgrundlagen für Beteiligung der Kommunen an den Finanzlasten der Deutschen Einheit. Sei der kommunale Solidarbeitrag bisher von der Steuerentwicklung und damit von der kommunalen Finanzsituation abhängig gewesen, solle den Kommunen zukünftig ein fester Finanzierungsbeitrag abverlangt werden. „Das stößt auf erheblichen Widerstand der kommunalen Spitzenverbände“, gaben die Sachverständigen geschlossen zu Protokoll, da in Zeiten schwacher Steuereinnahmen der kommunale Finanzausgleich weiter belastet werde.

„Keine Alternative zu Konsolidierung und Ausgabendisziplin“ sah vor diesem Hinter-

grund Dr. Christiane Rühl vom Landeskreis tag NRW. Auch die Finanzsituation der Kreise werde sich verschlechtern, da zum einen von sinkenden Steuereinnahmen und zum anderen von steigenden Ausgaben im Sozialbereich, beispielsweise bei den Kosten zur Unterbringung, auszugehen sei. Es bleibe zu befürchten, dass die Finanzkrise „massive mittelbare Auswirkungen“ auf die Haushalte der nordrhein-westfälischen Kreise haben werde. Rühl schloss sich deshalb der Meinung ihrer Vorredner an und forderte für die Kommunen und Kreise „möglichst vorhersehbare Einnahmen über den Finanzausgleich und über einen konstanten Verbundsatz“.

Für die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe berichtete Renate Hötte, dass die Hebesätze in den Jahren 2005 bis 2008 zwar deutlich gesunken seien (beim Landschaftsverband Rheinland auf 15,85 Prozent, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf 14,6 Prozent), die Mitgliedskörperschaften jedoch in absoluten Zahlen eine höhere Umlage zahlen mussten. Strukturelle Verbesserungen in der Finanzausstattung der Landschaftsverbände seien dringend notwendig. Wünschenswert sei darüber hinaus eine Korrektur des Gesetzentwurfs für das Haushaltsjahr 2009: Gemeinsam mit den Kommunen forderten die Landschaftsverbände erneut, die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer zukünftig wieder in die Bemessungsgrundlagen für den Steuerverbund einzubeziehen.

SW



Herzlich Willkommen!

20.000 Gäste besuchten den Landtag

Gleich doppelten Grund zur Freude boten am vorletzten Septemberwochenende die Tage der offenen Tür im Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Parlament feierte am Samstag „20 Jahre Landtag am Rhein“ und ließ am Sonntag gemeinsam mit der Stadt Düsseldorf ein großes Spielfest zum Weltkindertag steigen. 20.000 Gäste nutzten an beiden Tagen die Gelegenheit, das Parlamentsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer zu erkunden und mit Abgeordneten, den Fraktionen und der Landtagsverwaltung in Kontakt zu kommen. Ein kunterbuntes Bühnenprogramm rundete die Feierlichkeiten ab. Auf dieser Doppelseite einige fotografische Impressionen.





Finanzkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken


CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

Der CDU-Landtagsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, die Finanzkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, um die immer häufiger zu beobachtende Ver- oder Überschuldung junger Menschen zu verhindern.“ Das betonte die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Luise Fasse (Foto), anlässlich der Einbringung des CDU-Antrags (Drs. 14/7459) in den Landtag. Dies sei insbesondere wichtig, da sich das Konsumverhalten der Gesellschaft mittlerweile weniger nach Versorgungsnotwendigkeiten, sondern in vielen Fällen nach der symbolischen Bedeutung der Produkte richte.

Rund sechs Prozent der 13- bis 17-Jährigen seien hierzulande bereits verschuldet – bei einer durchschnittlichen Verschuldungssumme von 370 Euro. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen steige die Verschuldung sogar deutlich an: 11 Prozent dieser Altersgruppe hätten bereits ein Darlehen aufgenommen und seien im Schnitt mit 1.430 Euro verschuldet.

„Eine wichtige Ursache für eine Ver- und spätere Überschuldung von jungen Menschen ist das Fehlen einer fundierten finanziellen Allgemeinbildung“, so die CDU-Verbraucherschutzexpertin weiter. „Bereits in der Grundschule können erste wichtige Grundlagen für den Umgang mit Geld und Konsum gelegt werden.“ Aus diesem Grund habe das NRW-Verbraucherschutzministerium bereits im Vorjahr das Projekt „MoKi – Money & Kids“ entwickelt. Fasse: „Pädagogische Betreuungskräfte, Lehrer und Eltern werden mit diesem Projekt bei der Aufgabe unterstützt, Kinder beim Umgang mit Geld zu stärken. Zu diesem Zweck kann von jeder der 3.500 Grundschulen in NRW ein MoKi-Materialpaket mit umfas-



senden Materialien und einem didaktischen Leitfaden bestellt werden.“

In Zukunft müsse alles getan werden, um diese zielführenden Projekte fortzuführen. „Die bislang festzustellende große Akzeptanz erfordert dies geradezu. Damit alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden, muss die Aufklärung vor Ort in den Kommunen erfolgen“, so Fasse abschließend. Dies könne in Elterngruppen, Kindergärten und Grundschulen geschehen. Auch gewerbliche Ausbildungsstätten

seien in diesen Prozess einzubeziehen. Deswegen sollten Verwaltung und Politik vor Ort in Städten und Gemeinden auf Lehrbetriebe und Berufsschulen zugehen, um hier entsprechende Partner zu gewinnen. ■

FDP fordert optimierte Notfalltherapie für Herzinfarktpatienten



Die Rettungswagen in Nordrhein-Westfalen sollen künftig mit Medikamenten gegen die lebensgefährlichen Blutgerinnsel bei Herzinfarkten ausgestattet werden. Das fordert der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Horst Engel, um die Notfallbehandlung bei Herzinfarktpatienten

zu optimieren. „Gerade in ländlichen Regionen können durch den Einsatz der Lysetherapie die Überlebens- und Heilungschancen von Patienten erheblich verbessert werden“, betont Engel. Er fordert die Krankenkassen daher auf, die Finanzierung der Medikamente endlich zu übernehmen. Denn trotz Empfehlung des Gesundheitsministeriums, die präklinische Lyse als Therapiemöglichkeit einzuführen, ist die Finanzierung bisher nicht sichergestellt.

Bei der präklinischen Lyse wird dem Patienten ein Medikament gespritzt, das die Blutversorgung des Herzmuskels blockieren. Die Folge der Mangelversorgung ist

ein Absterben eines Teils des Herzmuskelgewebes, das zu Gesundheitsschäden oder dem Tod führen kann. In Nordrhein-Westfalen erleiden jährlich rund 46.000 Menschen einen Herzinfarkt. Rund zehn Prozent der Betroffenen sterben. Dr. Udo Schniedermeier, ärztlicher Leiter der Rettungsdienstschule und Vizechef des Ärztlichen Rettungsdienstes der Feuerwehr Dortmund, erklärt: „In ländlichen Regionen müssen teilweise bis zu 50 Kilometer zurückgelegt werden, um die nächste Klinik zu erreichen, die eine Rettung mit einem Ballonkatheter durchführen kann.“ Gerade in diesen Fällen sei eine Behandlung mit dem Lyse-Medikament bereits im Rettungswagen sehr wichtig.

Engel sieht nun die Krankenkassen in der Pflicht, entsprechende Medikamente auf die jeweiligen Medikamentenlisten vor Ort zu setzen, um einen geregelten Kostenersatz über die Gesamtpauschale des Notarzteinsatzes herbeizuführen. Die Kosten des Medikaments liegen bei etwa 900 Euro pro Spritze. ■



Aus für Wohnungslosenprojekte muss verhindert werden



Einmal mehr demaskiert sich der CDU-Ministerpräsident als Sozialschauspieler. Während er öffentlichkeitswirksam die Schirmherrschaft für den Verein „Gemeinsam gegen Kälte“ in Nordrhein-Westfalen inne hat, streichen CDU-Minister Linssen und Laschet die komplette finanzielle Unterstützung des Landes für alle Wohnungslosenprojekte in NRW ab dem kommenden Jahr. Dabei handelt es sich um das Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ in Höhe von 1,2 Millionen Euro, das 1996 unter SPD-Ministerpräsident Rau ins Leben gerufen wurde. Seitdem konnte die Obdachlosigkeit in Nordrhein-Westfalen um 70 Prozent reduziert werden. Diesen erfolgreichen sozialen Projekten zieht die CDU/FDP-Koalition nun eiskalt den finanziellen Boden unter den Füßen weg. Das ist ein Schlag ins Gesicht der mehr als 13.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen, die derzeit noch von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Die Verantwortung für den Kampf gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit will die CDU/FDP-Koalition den Kommunen überlassen, die fortan allein die Projekte finanzieren sollen. Damit verabschiedet sich das Land abermals aus seiner sozialen Verantwortung und schiebt diese wichtige Aufgabe den ohnehin finanziell überforderten Kommunen zu. Das bedeutet das faktische Aus für viele Projekte in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Durch die Streichung der Landeszuschüsse sind auch viele ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger betroffen. Träger der freien Wohlfahrtspflege, der Jugendhilfe und die Selbsthilfeinitiativen, die innerhalb des Programms einen wichtigen Beitrag für die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen leisten, werden von Ehrenamtlichen unterstützt. All das macht die CDU/FDP-Koalition kaputt.

Völlig zu Recht protestierten daher auch die Ehrenamtlichen, Beschäftigten und Betroffenen der Wohnungslosenprojekte gegen die Streichung der Landesförderung durch die Regierung Rüttgers. Das Aus für diese Projekte müsse verhindert werden, forderten die Teilnehmer der Aktion der Obdachlosenhilfeinitiative „Gemeinsam gegen Kälte“ vor dem Düsseldorfer Landtag. Die Begründung von CDU und FDP, die Wohnungslosigkeit sei weit genug zurückgegangen und damit eine weitere Förderung nicht mehr sinnvoll, ist zynisch und widerspricht auch der Wahrnehmung der Menschen im Land. Die Streichung

der Landesmittel trifft zudem nicht nur die konkreten Projekte, sondern unmittelbar auch die gut funktionierenden Hilfs- und Beratungsnetze in den Städten und Gemeinden unseres Landes. ■



Sozialticket für NRW

Seit 2000 sind die Preise für Bus- und Bahnfahrten schneller gestiegen als die Preise für das Autofahren. Seit 2005 betragen die Preissteigerungen in NRW rund 13 Prozent. Im VRR waren das 12,7 Prozent und im VRS sogar 15,1 Prozent. Dies liegt insbesondere an Kürzungen bei den Bundeszuschüssen und steigenden Energiepreisen. 2009 müssen erneut mehr als 100 Millionen Euro von den Verkehrsunternehmen eingespart werden, weil die Landesregierung die Kürzungen aus Berlin unvermindert an die Verkehrsverbünde durchreicht. Von diesen Preissteigerungen sind ein-

kommensschwache Bürgerinnen und Bürger besonders betroffen und werden zunehmend von Mobilität abgekoppelt. Mobilität ist jedoch eine Grundvoraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Fahrten zu Vorstellungsgesprächen oder der Besuch von Freunden müssen aus Kostengründen teilweise unterbleiben.

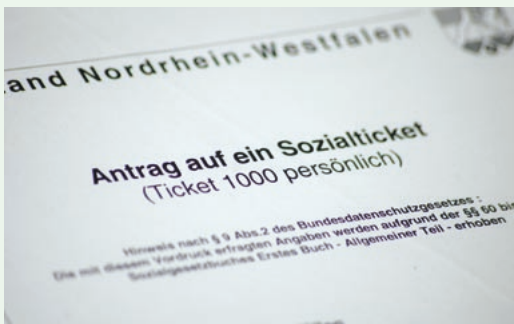
Für die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch ist ein Anteil von 14,62 Euro für Mobilitätsleistungen vorgesehen. Allein ein 4er-Ticket der Preisstufe A kostet im VRR 7,40 Euro oder im VRS 8,10 Euro. Die preiswertesten Monatskarten kosten zwischen 48,90 Euro und 62,60 Euro. Dies können viele Menschen nicht tragen und es ist nicht zu erwarten, dass es auf Bundesebene zu einer realitätsnahen Erhöhung der Regelsätze kommen wird.

Die Städte Köln, Dortmund und aktuell jetzt auch der Kreis Unna haben vor diesem Hintergrund ein Sozialticket eingeführt. In Dortmund und Unna können zum Monatspreis von 15 Euro Bus-

se und Bahnen im Stadtgebiet genutzt werden. Die Angebote zeigen, dass die Einführung eines Sozialtickets nicht nur machbar, sondern für die Menschen mit den geringsten Einkünften auch geboten ist. Eine Umfrage in Dortmund zeigt, dass die Einführung eines Sozialtickets von 87 % der Dortmunder Bevölkerung unterstützt wird.

Die Grüne Landtagsfraktion will die flächendeckende Einführung eines NRW-Sozialtickets ermöglichen und hat hierzu eine entsprechende Initiative vorgelegt. In Anlehnung an die Ausgleichsleistungen für die Schülerbeförderung und das Semesterticket sollen 30 Millionen Euro Ausgleichsmittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Wenn es die Landesregierung mit der Unterstützung für die einkommensschwächsten in der Gesellschaft ernst meint, kann sie es nun beweisen. Das NRW-Sozialticket muss zum Standardtarifangebot in den Verkehrsverbünden werden – und auch hier müssen die CDU und die SPD in den jeweiligen Gremien Verantwortung zeigen und beweisen! ■



für gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder auszubauen.

Barbara Steffens (Grüne) kritisierte, das Gesetz zur Gleichstellung habe zwei wichtige Bereiche ausgeklammert: integrative Programme in den Schulen und auf dem Arbeitsmarkt. Es sei wichtig, behinderten Menschen von Lebensbeginn an Normalität zu ermöglichen: „Am Beispiel der skandinavischen Länder sehen wir, dass Integration auch ohne den Weg über Förderschulen erfolgreich verlaufen kann.“ Auch mit Blick auf die Barrierefreiheit sah Steffens ein Defizit und forderte ein höheres Budget.

Norbert Killewald (SPD) knüpfte an die Kritik seiner Vorrednerin an. Er sah einen Rückgang der beschäftigten Schwerbehinderten auch bei den Einrichtungen des Landes und bat die Landesregierung dahingehend um Stellungnahme. Killewald betonte den Handlungsbedarf hinsichtlich gemeinsamer Servicestellen für Rehabilitation. Eine ausführliche Evaluation und Umgestaltung, eventuell sogar die Integration der Pflegestützpunkte sei nötig, so der SPD-Politiker.

Hubert Kleff (CDU) hingegen bezeichnete das Gesetz als gelungen. Es sei in der Praxis angekommen, verdränge die Barrieren und stoße auf Akzeptanz in der Bevölkerung und bei Experten. In diesem Zusammenhang lobte er ausdrücklich das Programm der Landesregierung „Teilhabe für alle“. Kleff wies auch auf das geplante Pilotprojekt der Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung hin: Eine rechtzeitige Förderung behinderter Menschen sei wichtig.

Dr. Stefan Romberg (FDP) betonte, die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung habe in den letzten Jahren viele gute Impulse gegeben. Man könne jedoch nicht alle Probleme und Barrieren sofort beseitigen. Bei Dingen, die sich bis jetzt nicht geändert hätten, handle es sich um Bereiche, in denen Veränderungen nur langfristig erfolgen könnten. Er betonte, in Bezug auf die Beschäftigung von Schwerbehinderten habe das neue Hochschulfreiheitsgesetz viel Gutes gebracht.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) dankte Angelika Gemkow für ihren Bericht und versicherte, die Landesregierung werde auch in Zukunft helfen, die Lebenssituation für Menschen mit Behinderung zu verbessern. Hinsichtlich der Beschäftigung von Schwerbehinderten betonte Laumann: „Die Kommunen und Kreistage machen ihre Sache gut, und bei den Stellen des Landes werden wir es auch gut machen. Die finanziellen Spielräume der Regierung sind jedoch eng.“ Zum Thema „Gemeinsame Servicestellen“ versprach der Minister eine ausführliche Evaluation bis zur Sommerpause 2009.

ms

Den Respekt für die Vielfalt der Menschen fördern

Bericht der Landesbeauftragten zur Situation von Menschen mit Behinderung

Foto: Schälte

24.9.2008 – „Die Situation der Menschen mit Behinderung in NRW“ war ein Themenschwerpunkt der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit unter dem Vorsitz von Günter Garbrecht (SPD). In diesem Rahmen stellte die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Angelika Gemkow, ihren Bericht über die Zahlen und Fakten der aktuellen Situation sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen vor. Sie thematisierte auch die Auswirkungen des Behindertengleichstellungsgesetzes und die Erfahrungen damit.

Das Behindertengleichstellungsgesetz zielt darauf, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, indem Barrieren abgebaut werden. Die Lebenssituation dieser Menschen habe sich in den letzten Jahren – vor allem auch durch dieses Gesetz – verbessert, stellte Gemkow gleich zu Beginn ihres Vortrags fest. Weitere Arbeit sei jedoch notwendig: „Meine Vision ist ein barrierefreies NRW“, so die Beauftragte.

Die zentrale Herausforderung an alle sieht Gemkow darin, soziale Energien und Kompetenzen der pflegenden Menschen zu fördern und zu fordern: in den Familien, in den Schulen oder am Arbeitsplatz. Neben der Schaffung

verlässlicher Strukturen müsse die Akzeptanz der Fachkräfte und Familien gestärkt werden.

Hinsichtlich der politischen Mitwirkung zeigte sich die Beauftragte zufrieden: Die Zahl der Beiräte und Koordinatoren im Land und den Kommunen sei gestiegen. „Das Programm der Landesregierung ‚Teilhabe für alle‘ erfährt von uns ein großes Lob“, berichtete Gemkow.

In Bezug auf das Thema „Barrierefreiheit“ stellte sie einen Entwicklungsbedarf fest: „Wir müssen bei allen Menschen das Bewusstsein schaffen, versteckte sowie offensichtliche Hürden abzubauen. Eine barrierefreie Planung hilft, Folgekosten zu vermeiden.“

Wichtig, um Respekt für die Vielfalt bei jungen Menschen zu schaffen, sei es, Angebote

Porträt: Andrea Asch (GRÜNE)



Wenn Worte und Taten zu stark auseinanderklaffen, bringt mich das auf.“ Ein starkes Gerechtigkeitsgefühl ist wohl eine der wichtigsten Triebfedern für das politische Engagement von Andrea Asch. Jüngstes Beispiel für ihren Einsatz in Sachen Gerechtigkeit war die Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes. Da habe die schwarz-gelbe Landesregierung mehr versprochen, als sie dann tatsächlich zu halten bereit war, kritisiert die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Grünen. „In so einem Fall äußere ich mich entsprechend deutlich und pointiert.“

Immerhin habe sie mit ihrer Hartnäckigkeit und unterstützt von ihrer Fraktion Nachbesserungen bei der Finanzierungsrundlage des „Kibiz“ durchsetzen können. „Das sind zwar nur kleine Erfolge, aber sie zeigen, dass man auch aus der Opposition heraus etwas bewirken kann“, bilanziert Andrea Asch. Die Grüne NRW-Abgeordnete ist gleichzeitig Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland (LVR). Dort arbeitet sie als grüne Fraktionschefin zusammen mit SPD und FDP in einer Ampelkoalition. „Das ist ein schönes Gegengewicht zur Oppositionsrolle im Landtag, weil wir als Regierungsfraktion Politik mit gestalten können.“

In beiden Gremien ist der soziale Bereich ihr Arbeitsfeld: In der Landschaftsversammlung leitet sie seit 2004 den Gesundheitsausschusses, im Düsseldorfer Landtag ist sie Sprecherin im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration. „Beide Themenbereiche sind miteinander verzahnt“, erklärt sie und fügt hinzu: „Außerdem rücken diese Themen immer stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Es sind Zukunftsthemen, die uns noch lange beschäftigen werden.“ Ärgerlich findet sie, dass selbst bei so wichtigen Themen wie Kin-

derarmut oder Migrationsfragen die Debatten sogar in den Ausschüssen in parteitaktischen Ritualen hängenbleiben: „Diese Spielereien führen zur Politikverdrossenheit.“

Andrea Asch hat sich schon früh mit politischen Fragen beschäftigt. Sie kommt aus einer parteipolitisch ungebundenen, aber hoch interessierten, christlich-evangelisch geprägten Familie, die in den 50er-Jahren aus der damaligen DDR in den Westen zog und bis heute starke Bindungen zu der Verwandtschaft im Osten hat. In Wiesbaden geboren, hat Andrea Asch schon als 16-Jährige in der evangelischen Jugendarbeit mitgearbeitet, sich in der Friedensbewegung engagiert und gegen Atomkraft demonstriert. Mit siebzehneinhalb machte sie das Abitur und studierte dann Psychologie und Musik an den Universitäten Gießen und Marburg, lernte dabei ihren Mann kennen und zog mit ihm nach Abschluss als Diplom-Psychologin nach Köln. „Diese Stadt haben wir uns ganz bewusst ausgesucht, weil wir die Atmosphäre mögen“, so Asch. In der Domstadt arbeitete sie zunächst bei einem Verein für Rehabilitation, ehe sie gemeinsam mit anderen in Langenfeld ein psychiatrisches Zentrum aufbaute.

Über ihren beruflichen Weg gab es erste Kontakte zu den Grünen, die sie bald baten, in der Landschaftsversammlung Rheinland als sachkundige Bürgerin mitzuarbeiten. Das habe sie getan, weil die Grünen für sie die einzige infrage kommende Partei gewesen sei. Mitglied wurde Andrea Asch allerdings erst, als sie 1989 für die Landschaftsversammlung kandidierte. Dort wurde sie auf Anhieb zur Fraktionschefin der Grünen gewählt, ein Amt, das sie bis heute inne hat. 2005, als ihre Kinder groß genug waren, kandidierte sie für den Landtag. An ihrem neuen Aufgabenbereich hat sie so viel Freude, dass sie 2010 erneut kandidieren will: „Ich denke, es ist richtig, die Kontakte und das Wissen, das ich erworben habe, weiter zu nutzen.“ Wie alle Grünen ist Asch über die Liste in den Landtag eingezogen. Wahlkreisarbeit hat für sie jedoch einen hohen Stellenwert. Diese beschränkt sich allerdings nicht auf Köln. „Weil wir nur elf Fraktionsmitglieder sind, bin ich ständig in ganz NRW unterwegs“, sagt die Parlamentarierin.

In ihrer Freizeit musiziert Andrea Asch, die unter anderem Gitarre spielt, gern zusammen mit ihren Kindern. Um vom politischen Alltag einmal gänzlich abzuschalten, gönnt sie sich jenseits von tagespolitischen Themen übergeordneten Fragen zu widmen, meint die grüne Abgeordnete und gibt unumwunden zu: „Das Ganze läuft nur, weil mein Mann zu Hause den Laden schmeißt.“

Gerlind Schaidt

FCL: Harter Fight wurde nicht belohnt

Klassisch ausgekontert wurde der FC Landtag NRW in Olsberg-Wulmeringhausen, im Hochsauerland. Bereits nach zwei Minuten klingelte es im Tor des FCL, gehütet vom katzenartigen Ex-Abgeordneten und heutigen Regierungspräsidenten Helmut Diegel. Zwar hatte der FCL einen deutlichen Vorteil im Ballbesitz, aber durch rasantes Flügelspiel knackte das Team Straßen NRW dessen Abwehr in der ersten Hälfte gleich drei Mal. So fielen in der Pause harte Worte in der Kabine des FCL, denn Präsident Günter Langen wollte sich in seiner Heimat nicht so vorführen lassen. Güla, später mit stehenden Ovationen bedacht, gelang es, sein Team in der zweiten Halbzeit zu einer spürbaren Leistungssteigerung zu pushen. Nun war der Drang zum gegnerischen Tor vorhanden, der Wille, das Match zu drehen, das Bekenntnis zum absoluten Fight. Jürgen Unruhe, von dem überschnellen Oliver Wittke in Szene gesetzt, verkürzte auf 1:3. Über den Kampf kam der FCL vor allem durch Wolfgang Euteneuer und Norbert Stiens jetzt auch auf ein höheres spielerisches Niveau. Der Lohn: Lokalmatador Hubert Kleff, der unermüdlich auf dem rechten Flügel ackerte, bediente maßgerecht Norbert Stiens – der Anschlusstreffer. Dann allerdings rappelte es wieder im FCL-Kasten (und das gleich mehrfach). Aber die Parlamentsmannschaft gab nicht auf und verbuchte zwei weitere Treffer von Oleg Born. Trotz unbändigem Kampfgeist, Spielwitz und Routine wollte der Ausgleich jedoch nicht fallen. Der starke Auftritt in Halbzeit zwei versöhnte die Fans jedoch mit der Niederlage. *hz*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther,

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),

Sonja Wand (sow, Redakteurin),

Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)

Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),

884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)

Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parla-

mentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD),

Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP),

Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL

(Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes

(CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Presse-

sprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin;

Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 23. Oktober 2008 bis zum 13. November 2008

23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	58
24.10. Sendker, Reinhold (CDU)	56
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	50
30.10. Ellinghaus, Horst (CDU)	60
03.11. Kramer, Hubertus (SPD)	49
04.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	38
05.11. Jung, Reinhard (SPD)	56
08.11. Asch, Andrea (Grüne)	49

Ehemalige Abgeordnete

07.11. Jacobs, Gerhard (CDU)	70
14.11. Thulke, Jürgen (SPD)	70
22.11. Tornau, Hans Joachim (FDP)	85
22.11. Strothmann, Karl Ernst (CDU)	80

Verstorben

04.10. Versteegen, Margarete, 79, MdL 1969-1990

Ausstellungen im Landtag

Begleitend zu einem Parlamentarischen Abend mit dem Themenschwerpunkt Polen werden vom 12.11. bis 28.11.2008 im Landtag Nordrhein-Westfalen mehrere Ausstellungen präsentiert.

In den Bilderausstellungen „Junge Polnische Malerei“ und „Rund um den Tisch“ werden Kunst und naive Malerei aus Schlesien vorgestellt.

Die Ausstellung „Frühling im Herbst – Das Europa der Nationen 1830-1832“ aus dem Museum Europäische Kulturen Berlin dokumentiert künstlerische Reaktionen auf die Geschehnisse vom Aufstand junger Warschauer Offiziersanwärter gegen die zaristische Fremdherrschaft bis zum Hambacher Fest.

Alle drei Ausstellungen können montags bis freitags von 10 bis 17 Uhr besichtigt werden. Um vorherige Anmeldung wird gebeten (Tel. 0211/8842129 oder per E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 23. Oktober 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Nicht zu überhören ...

... waren die Tage der offenen Tür im Landtag. Zum Auftakt des ereignisreichen Wochenendes schickte der Posaunenchor der Evangelischen Kirchengemeinde Waldniel musikalische Grüße von der Dachterasse des Parlamentsgebäudes. Die zehn Musikerinnen und Musiker unter der Leitung von Raniz Imerov überzeugten mit stimmungsvollen Jazz- und Swingmelodien, darunter auch die Eigenkomposition „Eine Jazzballade für Susanne“, gewidmet einer Trompeterin im Ensemble. Mit Susanne freuten sich hunderte Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Landtagsvorplatz über die Darbietung. Foto: Schälte